



Interview: Thüringer Kultus-
Staatssekretär Kjell Eberhardt

Kundenporträt:
Das Projekt HAMASYS

Der Vergabemarktplatz NRW:
www.evergabe.nrw.de

Seminarangebot des Thüringer LandesRechenZentrums für das Jahr 2007

1. Verwaltungsmodernisierung in Thüringen

- Lehrgangskonzept des TLRZ 2007
12.01.2007

Grundkurs eGovernment:

- Grundkurs (2) Informationstechnische Grundlagen (1)
29.03.2007
- Grundkurs (2) Informationstechnische Grundlagen (2)
18.10.2007
- Grundkurs (3) Juristische Grundlagen (1)
19.04.2007
- Grundkurs (3) Juristische Grundlagen (2)
08.11.2007

Basiswissen

- Fortbildungstrend – Blended Learning und e-Learning
20.04.2007, 22.11.2007
- Online-Beschaffung / Online-Bestandsverwaltung (LMS-Informationsveranstaltung)
30.03.2007, 16.11.2007
- ISP-/ASP-Dienste des TLRZ
03.05.2007, 30.11.2007
- Das DMS VISkompaktJ2EE
Einführung in der Landesverwaltung in Thüringen (1)
24.05.2007
- Einführung in der Landesverwaltung in Thüringen (2)
07.12.2007

2. Informationstechnische Grundlagen

Basistechnologien

- Neue Basistechnologien
15.03.2007, 20.09.2007
- Digitale Signatur und Kryptografie
22.03.2007, 18.10.2007
- Verzeichnisdienste
19.04.2007, 09.11.2007
- TSPA-Konzept
26.04.2007, 13.09.2007
- Corporate Network des Freistaates (CNFT)
01.06.2007, 23.11.2007

Technologieentwicklung/ Betriebssysteme

- Bildbearbeitung mit Adobe Photoshop Grundlagen

- 12.03.2007 – 14.03.2007
- Adobe Photoshop
Praktische Lösungen für Fortgeschrittene
16.07.2007 – 18.07.2007
- Netzwerke – Grundlagen
(Modul 1 – Serverzyklus 06/07)
26.03.2007 – 27.03.2007,
10.12.2007 – 11.12.2007
- Windows XP für Netzwerkbetreuer
(Modul 2a – Serverzyklus 06/07)
04.12.2006 – 06.12.2006,
07.05.2007 – 09.12.2007
- Windows Vista für Netzwerkbetreuer
(Modul 2b – Serverzyklus 06/07)
18.04.2007 – 19.04.2007,
03.12.2007 – 04.12.2007
- Windows Server 2003 – Grundlagen und Administration
23.04.2007 – 26.04.2007
- Windows Server 2003 – Administration
(Modul 3 – Serverzyklus 06/07)
15.10.2007 – 17.10.2007
- Netzwerke – Infrastruktur
(Modul 4 – Serverzyklus 06/07)
15.01.2007 – 18.01.2007
- Windows Server 2003 – Active Directory
(Modul 5 – Serverzyklus 06/07)
12.02.2007 – 15.02.2007
- Active Directory – Grundlagen
13.06.2007 – 14.06.2007
- Windows Server 2003 – Sicherheit im Netz
(Modul 6 – Serverzyklus 06/07)
05.03.2007 – 07.03.2007,
19.11.2007 – 21.11.2007
- Windows Server 2003 – Netzsicherheit kompakt
09.07.2007 – 10.07.2007
- Workshop Migration von NT 4 Server
(Modul 7 – Serverzyklus 06/07)
16.04.2007 – 17.04.2007
- Microsoft ISA Server 2004
(evtl. Modul 8b – Serverzyklus 06/07)
11.07.2007 – 12.07.007
- Microsoft ISA Server 2006
(Modul 8 – Serverzyklus 06/07)
14.05.2007 – 15.05.2007
- Microsoft Exchange Server 2003
(Modul 10 – Serverzyklus 06/07)
25.06.2007 – 28.06.2007
- Microsoft Exchange Server 2003 – Verwaltung
03.09.2007 – 04.09.2007,
11.12.2007 – 12.12.2007,

- SQL Server 2005 – Administration
09.07.2007 – 13.07.2007
- TCP/IP – Protokolle, Dienste, Konfiguration
29.03.2007
- Server BAsed Computing – Terminaldienste
(Informationsveranstaltung)
26.01.2007
- Terminaldienste mit Windows Server 2003
(Modul 9 – Serverzyklus 06/07)
30.05.2007 – 01.06.2007
- Terminaldienste/Citrix Presentation Server
08.10.2007 – 10.10.2007
- Desktop-Management
(Informationsveranstaltung)
30.03.007
- Desktop-Management / Softwareverteilung
04.07.2007 – 06.07.2007
- Virtualisierung im Serverumfeld
(Informationsveranstaltung)
04.05.2007
- VMWare Server ESX
15.10.2007 – 16.10.2007
- Windows Server 2003 – Clustering und Hochverfügbarkeit
23.07.2007 – 25.07.2007
- Linux für Anwender
(Informationsveranstaltung)
23.02.2007, 12.10.2007
- Linux/KDE – Grundlagen für Anwender
25.04.2007
- Linux/Gnome – Grundlagen für Anwender
15.11.2007

Applikationsentwicklung/ Datenbanken

- Grundlagen der Programmierung mit .NET
21.05.2007 – 24.05.2007
- VB.NET für Umsteiger von 6.0
25.06.2007 – 27.06.2007
- Fortgeschrittene Programmierung mit .NET
26.11.2007 – 28.11.2007
- Grundlagen der Programmierung mit JAVA 2 SDK
nach Vereinbarung
- Grundlagen der Programmierung mit C#
nach Vereinbarung
- XML – Grundlagen
19.03.2007 – 21.03.2007,
19.11.2007 – 21.11.2007
- Grundlagen Datenbanken
11.06.2007 – 12.06.2007



Dr. Claudia Plehn

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Kommunikation ist eine Zauberwaffe. Jeder von uns erlebt dies in seinem täglichen Tun, sei es in privater oder in beruflicher Sphäre. Sie erfolgt mit so vielen Werkzeugen und so verschiedenen Medien, dass wir die einzelnen Momentaufnahmen einer Kommunikation, in der wir uns gerade befinden, schon gar nicht mehr wahrnehmen. Moderne Informationstechnik und zugrunde liegende Informationstechnologien wollen uns diese Kommunikation erleichtern. Eine ganz besondere Ausprägung der Kommunikation hat dazu beigetragen, unser Bild von IT-gestützter Kommunikation zu verunsichern: die Werbung. Genauer gesagt Werbung um eGovernment. Fachbroschüren versuchen sich in Prognosen über eine Nutzung elektronischer Kommunikation wie zum Beispiel im Rahmen eines Bürgerservices. Schenkt man diesen Glauben, so dürften nur 20% der Bevölkerung elektronische Dienstleistungen in Anspruch nehmen wollen.

Natürlich befasst sich auch das TLRZ mit einer Umfeldbetrachtung so genannter elektronischer Dienstleistungen. Und tatsächlich: Werbewirksam wird in einschlägigen Fachartikeln vom perfekten Bürgerservice gesprochen, der noch nach 23.00 Uhr vom heimischen Rechner vollzogen werden kann.

Genau an dieser Stelle scheiden sich die Geister: Der eine bevorzugt das Internetangebot seiner kommunalen Verwaltung und vermeidet umständliche Wege, um ein behördliches Anliegen zu meistern. Der andere sucht den direkten Kontakt zum Sachbearbeiter in seiner Verwaltung, um Fragen und Probleme im zwischenmenschlichen Dialog zu klären. Schade, dass das allgemeine Verständnis um elektronische Dienstleistungen immer noch von einem entweder/oder-Denken begleitet wird und Sinnfälligkeit und Nutzen grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Unserer Auffassung und Erfahrung nach schließt das eine jedoch das andere nicht aus!

Ganz im Gegenteil, die Effekte potenzieren sich. Elektronische Dienstleistungen bedeuten nicht nur für den Bürger, sondern in besonderem Maße für den Verwaltungsangestellten eine elementare Arbeitserleichterung. Dieser kann nämlich das Anliegen des Bürgers, der vor Ort „klassisch“ kommuniziert, schneller aufnehmen, schneller bearbeiten und in Auftrag geben. Dem Bürger bleiben lange Wartezeiten erspart und seine Fragen sind umfassend in zuvorkommender Weise beantwortet.

Ihre Chefredakteurin
Dr. Claudia Plehn

Inhalt

INTERVIEW	Thüringer Kultus-Staatssekretär Kjell Eberhardt zur Mediennutzung und Zusammenarbeit mit dem TLRZ	4
NACHRICHTEN	Nachbericht KOMCOM 2006	7
	TLRZ als Kopfstelle BZR in Thüringen	8
	Landesarbeitstagung 2006 des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter	9
	Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebundes	9
FACHREPORT	Neue Software für ein neues Fachverfahren: das Thüringer Erziehungsgeld	10
	Fachformular oder selbstgestricktes Formular?	13
KUNDENPORTRÄT	Projekt HAMASYS	15
AUFGEFALLEN	Der Vergabemarktplatz NRW: www.evergabe.nrw.de	16
SEMINARANGEBOT		2, 18, 19

Thüringer Kultus-Staatssekretär Kjell Eberhardt zur Mediennutzung und Zusammenarbeit mit dem TLRZ

Zur Person

1961 in Weimar geboren, nach dem Physik- und Mathematikstudium an der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen arbeitete er bis 1991 als Lehrer in Leipzig und Erfurt, seitdem bis 2000 Referent für Gymnasien am Staatlichen Schulamt in Erfurt und Ständiger Stellvertreter des Leiters des Staatlichen Schulamtes Erfurt, 2000 - 2002 Leiter des Staatlichen Schulamtes Erfurt, 2002 - 2004 Abteilungsleiter im Thüringer Kultusministerium, seit Juli 2004 Staatssekretär im Thüringer Kultusministerium.



Staatssekretär Kjell Eberhardt

Welche Bedeutung hat die Anwendung von Informationstechnik in Ihrem Arbeitsbereich?

Ohne moderne Informationstechnik ist öffentliche Verwaltung nicht mehr vorstellbar. Im größten Ressort der Landesregierung mit einem Verantwortungsbereich von den Kindergärten über die allgemein- und berufsbildenden Schulen bis hin zu den Hochschulen, zu Forschung und Wissenschaft sowie Kunst und Kultur wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die sichere Handhabung der zur Verfügung stehenden IT-Systeme verlangt. Auch als Staatssekretär und Amtschef bin ich auf leistungsfähige Kommunikationssysteme und Fachanwendungen angewiesen. In den letzten Jahren wurden im Kultusministerium weit reichende informationstechnische Strukturen aufgebaut und das Spektrum der Anwendungen ständig erweitert.

Welche dieser Anwendungen stehen an einem modernen Verwaltungsarbeitsplatz zur Verfügung?

Auf dem Arbeitsplatzcomputer stehen natürlich Office- und E-Mail-Systeme zur Verfügung. Ebenso wichtig sind die zentralen informationstechnischen Einrichtungen auf den Servern im Hintergrund wie strukturierte Ablagen- und Ordnersysteme mit differenziertem Zugriffsschutz, Datenbanken, Datensicherungssysteme, Einrichtungen zur Abwehr von Computerviren und vielfältige Fachanwendungen, z.B. Systeme zur Erfassung und Verwaltung von Schriftgut.

Wie stellt sich die Zusammenarbeit im IT-Bereich zwischen dem TKM und den nachgeordneten Einrichtungen dar?

Aufgrund der Verschiedenheit der Einrichtungen zeigt sich hier ein differenziertes Bild, wie folgende Beispiele zeigen: Mit ihren zahlreichen Aufgaben in Lehre, Forschung und Verwaltung gestalten die Hochschulen ihre IT-Prozesse mit leistungsfähigen Rechenzentren vollkommen eigenständig. In diesem Bereich unterstützt und koordiniert das Ministerium nur ausgewählte IT-Projekte

wie die gemeinsame Beschaffung von Softwarelizenzen oder die Nutzung des Wissensschatznetzes.

Auch das ThILLM als zentrale Einrichtung zur Fortbildung der Thüringer Pädagogen organisiert seine Bildungsveranstaltungen durchgängig mit eigener IT-Anwendung. Das System erfasst alle Bereiche der Veranstaltungsorganisation. Diese Anwendungen werden von gleichartigen Einrichtungen in anderen Bundesländern mehrfach nachgenutzt.

Im landesweiten Bereich der Schulverwaltung dagegen werden für alle 13 Thüringer Schulämter und die Schulen unterschiedliche Softwareprodukte bereitgestellt und in ihrer Anwendung koordiniert.

Was sind für Sie besonders wichtige Projekte in der Zuständigkeit des Ministeriums?

Aus meiner Sicht sind IT-Projekte von besonderer Bedeutung, wenn ihre Verflechtung mit dem Arbeitsprozess sehr ausgeprägt ist oder wenn sich die Informationsverarbeitung so komplex und umfangreich vollzieht, dass sie nur noch automatisch beherrscht werden kann.

Hier denke ich vor allem an die Projekte zur Personalverwaltung. Wir haben in Thüringen ca. 25 000 Lehrer, Erzieher und Sonderpädagogische Fachkräfte, die in über 930 Schulen beschäftigt sind. Oberstes Ziel ist hier eine optimale Unterrichtsversorgung für mehr als 260 000 Schülerinnen und Schüler.

Welche Dienststellen des Landes sind mit dieser wichtigen Aufgabe betraut?

Die eigentliche Personalverwaltung obliegt den Schulämtern. Sie sind beispielsweise für Einstellungen, Vergütung, Veränderung des Beschäftigungsumfanges, Versetzung, Beförderung und Freistellung von Mitarbeitern zuständig.

Zur Bewältigung dieser Aufgabe ist in allen Schulämtern das Softwaresystem PERSOS-S im Einsatz, in welchem die diesbezüglichen Thüringer Besonderheiten implementiert sind, sodass alle erforderlichen Daten gepflegt werden können. Außerdem können die erforderlichen Schriftstücke wie Anschreiben für Dienststellen oder Urkunden direkt aus dem System heraus erstellt werden. Dabei sind die besonderen Anforderungen der Massendatenverarbeitung berücksichtigt.

Gibt es auch Projekte mit informationstechnischen Beziehungen, die bis in die einzelne Schule reichen?

Ja. Die Führung von Arbeitszeitkonten der Beschäftigten beispielsweise erfolgt mit einem System, das für Schule und Schulamt je eine Komponente zur Buchung bereit stellt und den diesbezüglichen Datenaustausch zwischen den Dienststellen organisiert.

Ein anderes System wird zur Personalbedarfsplanung für die einzelne Schule im Rahmen der Schuljahresvorbereitung eingesetzt. Dabei erfasst die Schule die in den Jahrgangsstufen vorhandenen Schülerzahlen und -merkmale. Über einen implementierten Algorithmus wird ermittelt, wie viel Personal zu Absicherung des Unterrichts erforderlich ist.

Zum Schuljahresbeginn wurde in Thüringen eine erfreulich große Zahl von Lehrerstellen neu besetzt. Wie wird bei diesen Einstellungsverfahren Datenverarbeitungstechnik eingesetzt?

Für die Einstellung von Lehrern und Lehramtsanwärtern nutzen wir ein System. Für beide Verfahren ist die Erstellung von Auswahllisten aus der großen Anzahl von Bewerbern nach fachlichen und sachlichen

Kriterien erforderlich. Das System speichert die Bewerberdaten und Vorlagen für Dokumente und ermöglicht darüber hinaus die automatische Reihung der Bewerbungen für ein juristisch unanfechtbares Nachrückverfahren.

Welche Rolle kommt der Nutzung des Internets zu?

Das Internet ist als Präsentations- und Informationsmedium inzwischen unverzichtbar. Office- und E-Mail-Systeme und die Verfügbarkeit des Internets an jedem Arbeitsplatz sind zur Normalität geworden. Das Kultusministerium unterhält im Vergleich zu anderen Thüringern Ministerien das umfangreichste Internetangebot. Es ist zum großen Teil speziell auf Schüler, Lehrer und Eltern zugeschnitten ist. Ein Blick und natürlich die Nutzung dieses vielfältigen, hochinformativen und gut strukturierten Angebots ist allen Interessierten zu empfehlen.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Wie sieht es mit dem Internet in den Schulen aus?

In den Schulen haben wir den unterrichts begleitenden Kurs Medienkunde ab Klassenstufe 5, in den Grundschulen ist es der Kurs „Medienerziehung“. Hier geht es darum, die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler nicht nur zu entwickeln und zu fördern, sondern neben den Chancen auch die Risiken der Internetnutzung bewusst zu machen. Die Internet-Auftritte vieler Schulen werden inzwischen von Schülern selbst gestaltet.

Gibt es IT-Projekte im Geschäftsbereich Ihres Ministeriums, die nicht die Schule betreffen?

Natürlich. Zur Verwaltung der finanziellen Mittel zur Forschungsförderung, die vom Kultusministerium ausgereicht werden, wird seit Jahren ein informationstechnisches Unterstützungssystem eingesetzt.

Oder: Seit Mitte dieses Jahres erfolgt die Auszahlung der Landesmittel für die Tagesbetreuung der Kinder im Vorschulalter an die Wohnsitzgemeinden. Auch diese Aufgabe kann wegen der großen Menge der für die Zahlungsempfänger anfallenden Daten und der sich daraus ergebenden Verwaltungsvorgänge nur mit der Unterstützung eines leistungsfähigen Softwareprodukts erledigt werden.

Nutzt das TKM die Angebote und Möglichkeiten des TLRZ als Dienstleister zur Effizienzsteigerung oder für Synergieeffekte?

Die Notwendigkeit, die Personalverwaltung der Thüringer Schulen mit informationstechnischen Systemen zu unterstützen, hat schon in der Mitte der neunziger Jahre zur Zusammenarbeit des Kultusministeriums mit dem Landesrechenzentrum geführt.

Damals wurde zunächst das Personalverwaltungssystem PERSOS entwickelt. So entstand PERSOS-S (das „S“ steht für Schule und ist ein Hinweis auf das pädagogische Personal). In der Folge kam dieses System an 13 Thüringer Schulämtern zum Einsatz. Die Projektbetreuung, die Wartung und Pflege der Software sowie – was besonders wichtig ist – auch die persönliche Betreuung der Projektanwender liegt in den Händen des TLRZ-Personals.

Ausgehend von diesem Projekt wurde 1997 die Wartung und Betreuung der gesamten IT-Einrichtung (Arbeitsplatzcomputer, Server und Netzwerke) der Schulämter dem Landesrechenzentrum übertragen.

Wo liegen gegenwärtig die Schwerpunkte der Zusammenarbeit?

Wir sind derzeit gemeinsam damit beschäftigt, das Softwaresystem zur Personalverwaltung auf eine neue technologische Plattform zu bringen. Damit verbunden ist eine inhaltlich organisatorische Fortentwicklung des Systems.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems im Kultusministerium. Damit befasst sich derzeit eine Projektgruppe aus Mitarbeitern des TLRZ und des TKM.

Welche Wünsche oder Erwartungen haben Sie bezüglich des künftigen Einsatzes von Informationstechnik in der Landesverwaltung?

Für die Zukunft erwarte ich, dass wir von unseren Ideen und Projekten zur Weiterentwicklung der informationstechnischen Systeme als Servicesysteme für die Bürger und zur Rationalisierung der eigenen Arbeit möglichst viel umsetzen können. Und natürlich, dass die laufenden Projekte erfolgreich abgeschlossen werden. Dazu brauchen wir Strukturen, die einen für die einzelnen Ressorts nachnutzbaren Innovationsvorlauf organisieren und die Technologieführerschaft

übernehmen. Strukturen, die den Landesbehörden unbürokratisch abrufbar hochwertige Dienstleistungsangebote zur Verfügung stellen und sie spürbar entlasten.

Wie wichtig ist Ihnen persönlich moderne Informationstechnik, in welchem Umfang nehmen Sie diese in Anspruch?

Auf Grund persönlicher Interessen und meiner naturwissenschaftlich-mathematischen Ausbildung ergab sich für mich ein selbstverständlicher Umgang mit Informationstechnik. Viele Dinge habe ich mir mit großem Interesse selbst aktiv erschlossen, zum Beispiel das Programmieren. Natürlich nutze ich das Internet und ein Office-System ausgiebig. Über E-Mails oder mit elektronischen Kalendern organisiere ich den Arbeitsalltag mit meinen Mitarbeitern und mit der Öffentlichkeit. Unterwegs bin ich dank Notebook und UMTS gut vernetzt.

Viktor Liebrecht
Pressereferat Thüringer Kultusministerium

Claudia Plehn

Nachbericht KOMCOM 2006

2005 hat die KOMCOM Messe GmbH mit der KOMCOM OST in Leipzig einen neuen IT-Marktplatz für den Public Sector geschaffen. Nach eigenen Einschätzungen des Veranstalters und der Aussteller konnten die Erwartungen an eine Fachmesse für Informationstechnologien für die öffentliche Verwaltung mit hoher Qualität erfüllt werden. Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Besucherzahl, das gezielte Interesse an bestimmten Fachanwendungen und Services und das große Feedback der Besucher belegen das gesteigerte Interesse ebenso wie die Notwendigkeit einer solchen Fachmesse.

Das TLRZ präsentierte sein umfangreiches Leistungsspektrum an Kommunalverfahren in Zusammenarbeit mit den Softwarepartnern, Dienstleistungen im kommunalen Bereich sowie Services für die Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungsorganisation. Neben einer Vielzahl von Kunden, konnten zahlreiche Interessenten auf unserem Messestand begrüßt werden. An dieser Stelle danken wir allen für das entgegengebrachte Vertrauen und die langjährige gute Zusammenarbeit.

Besondere Nachfrage gab es zum Formularservice für Thüringer Landkreise und Kommunen, zum zentralen Personalverfahren LOGA@ aber auch zum Verfahren zur Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten owi21. Zweifellos im Mittelpunkt stand das Neue Kommunale Finanzwesen des TLRZ als Rechenzentrumslösung. Informationen und Fachwissen aus erster Hand wurden in einem Workshop auf der KOMCOM weitergegeben.

Das TLRZ setzte bei der Realisierung eines neuen Finanzwesens auf die langjährigen Kenntnisse des Softwareentwicklungs- und Dienstleistungsunternehmens H&H bei der Einführung kommunaler Finanzsoftware und auf die eigenen umfangreichen Erfahrungen bei der Einführung von zentralen Lösungen. Das auf Windows basierende System von H&H wurde zu einer sinnvollen, leistungsstarken zentralen Anwendung weiterentwickelt.



TLRZ-Messestand auf der KOMCOM Ost

Neue flexible Systeme zur Abarbeitung kommunaler Aufgaben werden mit den Vorteilen einer klassischen zentralen Softwarelösung gekoppelt. Die technische Infrastruktur besteht aus vier Systemkomponenten mit unterschiedlichen Anbindungsvarianten. Die zentralen Komponenten teilen sich in Datenbankserver, Applikationsserver, Zugangsserver und Druckstraße mit Kuvertiermaschine. Die Datenbanken der Kunden sind zur optimalen Sicherungsmöglichkeit derzeit in einer Instanz zusammengefasst. Die Kundendaten werden als Schemata getrennt und den Datenschutzanforderungen entsprechend abgelegt. Die Programme für die Anwendung Finanzwesen liegen auf einem separaten Fileserver, auf dem auch die Ablagen für die zentralen Druckausgaben aus dem System erfolgen. Auf diesem Server werden weiterhin die Daten zur elektronischen Kommunikation mit den Finanzdienstleistern zwischengelagert. Alle kundenspezifischen Anpassungen werden ebenso auf dem Fileserver aufbewahrt. Die Druckausgaben aus dem Programm wurden nach dem Konzept von H&H und TLRZ komplett überarbeitet. Einstellungen an den entsprechenden Dokumenten oder Druckprozessen können übergeben werden. Ziel ist es, neben dem dezentralen Drucken Dokumente zentral auf der Druckstraße im Rechenzentrum auszugeben, zu kuvertieren und zu frankieren. Die Zugriffsebene der Kunden basiert auf einer Citrix-Serverfarm.

Die Lastverteilung über alle Nutzer wird mittels der Load Balancing Tools von Citrix erreicht. Die neuen flexiblen Funktionen im HKR und die Zusatzmodule können die Kommunen in Verbindung mit den Vorteilen zentraler Anwendungen voll nutzen.



Im kommenden Jahr wird die KOMCOM Ost in Leipzig vom 13. bis 14. November 2007 zum dritten Mal stattfinden. Merken Sie sich schon heute diesen wichtigen Termin vor. Eintrittskarten können Sie selbstverständlich wieder bei uns anfordern.

Ina Schmidt
Marketing

Jens Flechtner
Referatsleiter Verfahrensbetreuung

TLRZ als Kopfstelle BZR in Thüringen

Durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Dienststelle Bundeszentralregister (BZR) wurde das TLRZ angesprochen, die Funktion der Kopfstelle für alle Anfragen und Mitteilungen zum BZR per elektronischer Datenübermittlung in Thüringen wahrzunehmen. Über die Anbindung an das CN (Corporate Network) über TESTA zum BZR sind die technischen Voraussetzungen gegeben. Das BZR strebt grundsätzlich pro Bundesland eine Kopfstelle für die Verbindung zum Bundeszentralregister an.

Das Bundeszentralregister (BZR) wird vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof als organisatorischer Oberbegriff für das Zentralregister und Erziehungsregister geführt.

In das Register werden rechtskräftige Entscheidungen der Strafgerichte sowie bestimmte Entscheidungen der Vormundschaftsgerichte und von Verwaltungsbehörden sowie – nach einer rechtsvergleichenden Begutachtung – ausländische strafrechtliche Verurteilungen gegen Deutsche oder gegen in Deutschland wohnende Ausländer eingetragen. Zudem können Suchvermerke und Steckbriefnachrichten im Register niedergelegt werden.

Bei der Dienststelle Bundeszentralregister des Generalbundesanwaltes wird außerdem ein Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister (ZSIV) geführt. In dieses Register werden bestimmte Angaben über strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingetragen und den Ermittlungsbehörden automatisch oder auf Anfrage mitgeteilt.

Das TLRZ bietet als BZR-Kopfstelle allen dazu berechtigten Behörden folgende Leistungen:

1. die Dialogauskunft mit der ZSIV-Software (für Waffenbehörden)
2. die Übermittlung von elektronischen Anfragen, Mitteilungen zum und vom BZR für alle Behörden, z. B. Führerscheinstelle, Gewerbeamt, KFZ-Zulassungsstelle, Ordnungsamt, Sozialamt, Ausländerbehörde, Waffenbehörde, Fachdienste Jagd und Fischerei etc.

Screenshot Eingabemaske

1. Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister (ZSIV)

Um den Online-Dienst ZSIV nutzen zu können, sind folgende Aktionen notwendig:

- Einen Antrag ZSIV je Behörde ausfüllen und dem TLRZ unterzeichnet übergeben.
- Formlose Mitteilung aller Nutzer mit folgenden Angaben: Name, Vorname, Telefonnummer, Mailadresse sowie gewünschtes Passwort.

2. AUMIAU (AUtomatischer Mitteilungs- und AUskunftsdienst)

Vorgesehener Ablauf:

- a) Tägliche Übermittlung aller bereitgestellten Dateien mittels openFT über TESTA zum BZR. Definierte Dateinamen werden durch die BZR-Kopfstelle vergeben. Die gesendeten Dateien werden archiviert, der ursprüngliche Name aber gelöscht. Es werden alle Dateien gesendet, welche dieses Format haben.

- b) Täglicher Empfang der vom BZR gesendeten Antwortdateien.
- c) Generieren einer Informationsmail an die jeweilige Behörde, dass eine Datei zur Abholung bereitsteht.

Die Behörden können die Dateien sowohl über eine 3270-Emulation als auch per FTP oder wsftp an die BZR-Kopfstelle übertragen. Voraussetzung für die automatische Kommunikation mit dem BZR ist die Verfügbarkeit der Daten auf dem Zentralrechner.

Ursula Heuke
Fachberatung und Fachbetreuung
Ausländerwesen/Ausländerzentralregister

Landesarbeitstagung 2006 des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter

Alle zwei Jahre findet sich der Fachverband der Kommunalkassenverwalter Landesverband Thüringen zur Landesarbeitstagung zusammen. Diesjähriger Termin war der 21. September.

Die Stadt Arnstadt stellte erneut mit ihrer Stadthalle in der Kultur- und Stadtbrauerei einen interessanten Tagungsort zur Verfügung. Das TLRZ war wie auch bei den vorangegangenen Tagungen in zweifacher

Hinsicht vertreten. Einerseits begleitet unsere Projektbetreuerin Frau Brandt als aktives Mitglied des Fachverbandes die Arbeitstagung. Andererseits präsentiert sich das TLRZ gern auf der begleitenden Fachausstellung mit einem Informationsstand und nutzt die Gelegenheit für viele Kundenkontakte.

Auch bei der diesjährigen Veranstaltung stand die Softwarelösung unseres Hauses zum Neuen Kommunalen Finanzwesen im Mittelpunkt. Das TLRZ hatte im vergangenen Jahr sein altes kommunales Finanzwesen abgelöst und eine neue HKR-Software evaluiert.

Claudia Plehn

Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebundes

Die 17. Ordentliche Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen stand ganz unter dem Motto Gemeinde- und Städtebund Thüringen 2006: Neue Besetzung – Alte Stärke!

Im CongressCenter der Erfurter Messe AG fand am 27. September die Mitgliederversammlung statt mit einem spannenden Programm: Die Mitglieder wählten ein neues Präsidium. Die Mitgliederversammlung verabschiedete ihren langjährigen Präsi-

den Herrn Michael Pabst und wählte Herrn Michael Brychcy, Bürgermeister der Stadt Waltershausen, zum neuen Präsidenten.

In dieser Atmosphäre bot der Gemeinde- und Städtebund im Foyer des Congress Centers den kommunalen Dienstleistern die Möglichkeit, sich mit einem Messestand zu präsentieren.

Auch das TLRZ konnte vom regen Besucherstrom der Ausstellung profitieren. Besonders gefragt war das Thema elektronische Formulare.

Das TLRZ stellt seit 2003 gemeinsam mit der Firma FJD einen elektronischen Formularservice zur Verfügung, der sowohl Formulare für den Bürgerservice als auch verwaltungsinterne Formulare anbietet.

Claudia Plehn



Blick auf den Eingangsbereich der Messe Erfurt AG, rechts das CongressCenter

Neue Software für ein neues Fachverfahren: das Thüringer Erziehungsgeld

Allgemeine Vorbetrachtung und Rechtsgrundlagen

Am 1. Juli 2006 löste das Thüringer Erziehungsgeld das bisherige Landeserziehungsgeld ab. Eltern mit Kindern im dritten Lebensjahr haben seitdem Anspruch auf das Thüringer Erziehungsgeld ohne Abhängigkeit vom Einkommen.

In Verbindung mit der Einweisung in die neuen Rechtsgrundlagen stellte das LASF (Landesamt für Soziales und Familie) Unterlagen für die Abarbeitung im Fachverfahren bereit. Die neuen Antragsformulare liegen seit April den Verwaltungen vor.

Das Thüringer Landesrechenzentrum wurde beauftragt, eine Softwarelösung zur Abarbeitung der neuen Rechtsgrundlage zu schaffen. Der Auftrag beinhaltet die Erstellung eines Programms, mit dem die Verwaltungen die eingehenden Anträge erfassen, Kriterien zur Vergabe festhalten, Bescheide bereitstellen und Auswertungen realisieren können. Zahlungsverkehr und Übergaben an das kommunale Finanzwesen werden dabei nicht realisiert.

Zwei Aspekte waren für die Entwicklung der Softwarelösung maßgeblich:

- Grundziel sollte sein, alle Thüringer Kommunen so bald als möglich und mit geringem technischem Aufwand mit dem Programm auszustatten, um die Kosten und die internen Aufwände bei den Kommunen so gering wie möglich zu halten.
- Die Lösung sollte sehr schnell geschaffen werden, um den Kommunen und den nachgeordneten Institutionen die Arbeit zu erleichtern.

Des Weiteren sollte die Anwendung für den Nutzer einfach zu bedienen und für den Betreiber leicht zu warten sein. Die Aufwände für Rollouts und Betreiben der Softwarelösung sollten so gering wie möglich gehalten werden.

Sicherheitsprämissen für das Fachverfahren:

- Alle Daten werden von jeder Verwaltung bzw. jeder Kommune in Thüringen zentral verwaltet, um einen Missbrauch des Thüringer Erziehungsgeldes auszuschließen.
- Eingeschränkte Zugriffsrechte auf die verschiedenen Verwaltungen bzw. die einzelnen Gemeinden innerhalb einer VG werden durch eine Benutzer- und Gruppenverwaltung gesichert.

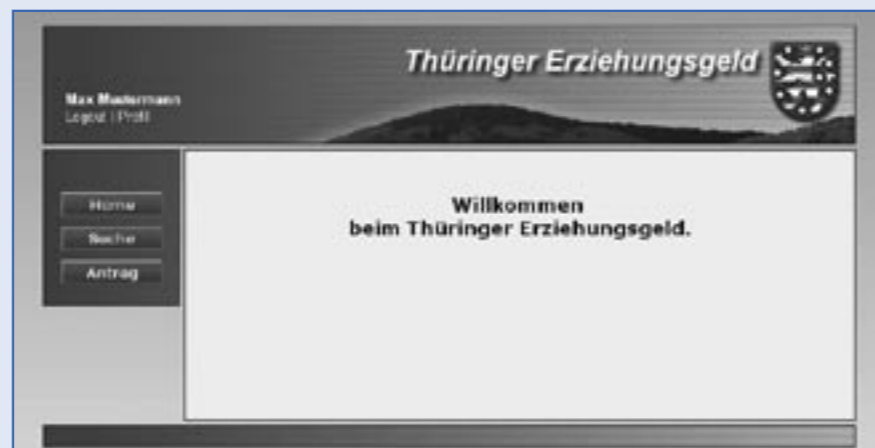
Ein erstes Auslieferungspaket wurde mit den Auftraggebern wie folgt vereinbart:

- erarbeitetes Frontend
- Datenhaltung / Datenbank
- Nutzerverwaltung
- Auswertungen (Stand 05/06)
- Online-Hilfe
- Stammdatenimporte (TLS – Schlüssel der Gemeindekennziffern, BLZ-Verzeichnis und Krankenkassen)

Die Fachapplikation im Detail

Abarbeitung

Nach Eingang des Antrages wird dieser mittels eines spezifischen Aktenzeichens als Akte angelegt und die Daten des Antrages gespeichert. Diese Antragsunterlagen werden auf ihre Richtigkeit sowie Vollständigkeit geprüft und individuell weiterverarbeitet.



Screenshot Startseite „Thüringer Erziehungsgeld“

Sobald der Antrag vollständig vorliegt, werden alle nötigen Daten zur Bescheidgenerierung eingegeben. Dabei wird die Förderung an Hand der Berechnungsvorgabe des Gesetzes ermittelt und die Ergebnisse werden in das Programm übertragen. Die Summenprüfung prüft die Maximalsumme pro Monat und ermöglicht eine Splittung in Träger und Eltern bzw. eine taggenaue Eingabe.

Des Weiteren können Widersprüche registriert werden.

Der Bewilligungsstatus wird im Programm festgehalten und steht als Auswertungsfeld zur Verfügung.

Lösungsansatz

Um die Anforderungen an die Software umzusetzen, wurde eine webbasierte Lösung favorisiert. Vorteile einer solchen webbasierten Server-Client Lösung sind:

- die zentrale Pflege der Software,
- keine Rollout-Phase in den Verwaltungen,
- eine strukturierte Abarbeitung aller Kommunen auch ...
- im Zusammenhang der notwendigen Auswertungen zum LASF hin,
- eine relative Unabhängigkeit von der Hard- und Softwarearchitektur der einzelnen Verwaltungen
- minimale Aufwendungen für die Kommunen bei der Einführung

Technische Umsetzung

Bei der Webanwendung wird der Webserver Apache 2.x mit mod_ssl verwendet. Zur Datenhaltung wird eine relationale Datenbank MySQL und später Oracle genutzt. Bescheide, die aus der Anwendung entstehen, kommen mit dem Dokumentenformat PDF zur Anzeige und zum Druck.

Technische Lösung

Jeder Datensatz erhält ein eindeutiges Aktenzeichen des Kindes. Die Eindeutigkeit des Aktenzeichens ist durch Indizierung der entsprechenden Felder gesichert.

Notwendige Stammdaten wie alle Krankenkassen, die Gemeindekennziffern und das BLZ-Verzeichnis mit sämtlichen, für die Bescheiderstellung wichtigen Daten werden zyklisch durch zentrale Routinen aktualisiert.

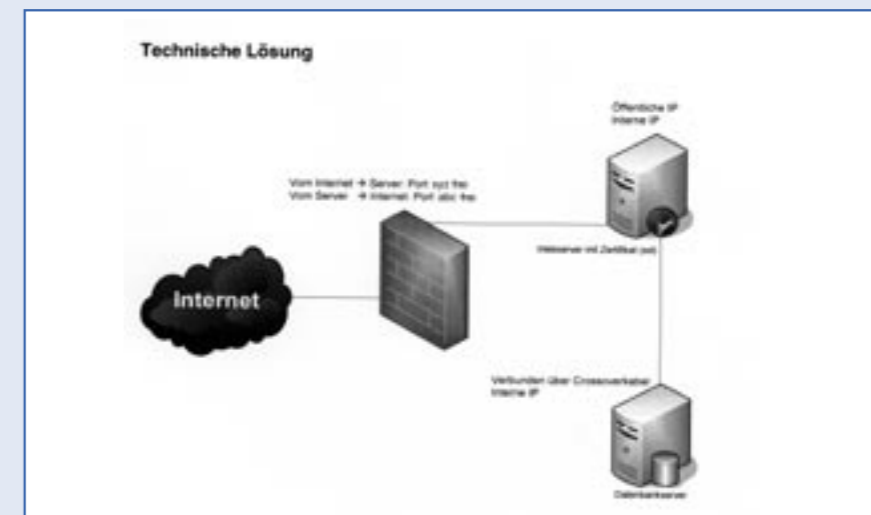
Der Zugriff auf das Verfahren erfolgt über das Internet bzw. über das CN von Thüringen. Für Verwaltungen ist der Zugang über eine URL (<https://www.tlrz.thueringen.de/LErzG>) möglich, sodass eine Unabhängigkeit von Providern und IP-Netzen gegeben ist.

Ausgangspunkt für die Benutzerverwaltung ist eine Datenbank, die alle in Thüringen befindlichen Verwaltungen sowie die dazugehörigen Gemeinden auflistet. Ein Benutzer wird genau einer Verwaltung zugeordnet und erhält somit Zugriff zu den dazugehörigen Gemeinden.

Dieses Mandantenkonzept ermöglicht neben der Zuordnung von Mitarbeitern zu Verwaltungen auch eine teilweise Rechtevergabe auf einzelne Gemeinden innerhalb der Verwaltung. So sind Arbeitsteilungen in großen VG's sichergestellt.

Weiterhin wird es folgende Benutzergruppen geben:

- Admin
- Komm-Admin
- Sachbearbeiter Stufe 1
- Sachbearbeiter Stufe 2
- Auswertung
- Lesender Zugriff



Technische Lösung



Hardware/Software Architektur Thüringer Erziehungsgeld

Die Gruppe „Admin“ hat Zugriff auf alle Akten und Benutzer in der ganzen Applikation. Gedacht ist diese Benutzergruppe für die Verwalter des Verfahrens. Sie sollen neue Benutzer anlegen können, Passwörter zurücksetzen können und gegebenenfalls Hilfestellung bei Programmfragen leisten.

„Komm-Admin“ ist der lokale Administrator einer Verwaltung. Er hat nur Zugriff auf Benutzer und Akten seiner Verwaltung. Gedacht ist diese Benutzergruppe z.B. für den Leiter eines Amtes, der seine Sachbearbeiter selber erfassen/(de)aktivieren möchte.

Benutzer müssten so nicht zentral erfasst werden, sondern können von einer vom „Admin“ zuvor festgelegten Person verwaltet werden. Der „Sachbearbeiter“ hat Rechte zum Schreiben und Lesen, das bedeutet, er kann neue Anträge erstellen sowie vorhandene lesen und bearbeiten. Für Benutzer, die nur lesenden Zugriff haben sollen, gibt es die Gruppe „Lesender Zugriff“.

Das Fachverfahren in seinen wichtigsten Funktionen

Erfassung/Prüfungen/Plausibilitäten

Bei der Erfassung eines neuen Antrages wird zuerst das Kind samt den dazugehörigen Daten erfasst. Anhand dieser Daten wird überprüft, ob das Kind schon in der Datenbank existiert. Alle Pflichtfelder werden bei der Erfassung eines Antrages auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft. Abhängig von der Ordnungszahl des Kindes wird geprüft, ob der Auszahlungsbetrag sowie der Abtretungsbetrag mit der Gesamtsumme übereinstimmen.

Bescheiderstellung/Drucke

Alle erstellten Bescheide und Ausdrücke werden in der Datenbank gespeichert, sodass ein späterer Zugriff auf alle Dokumente möglich ist.

Um eine Unabhängigkeit der Clientsoftware und -hardware zu erreichen, werden die Bescheide als PDF erstellt. Dadurch ist man von der in den Verwaltungen vorhandenen Drucktechnik unabhängig.

Aus dem Verfahren heraus werden folgende Bescheide und Ausdrücke erstellt:

- Bewilligungsbescheid
- Änderungsbescheid
- Ablehnungsbescheid
- Mitteilung an die Krankenkasse
- Schreiben mit noch benötigten Unterlagen (Wiedervorlage)

Benutzerkennung

Erfassung, Prüfung, Plausibilitäten

Auswertungen

Folgende Auswertungen/Statistiken für das LASF und die Gemeinden werden vom Programm erzeugt:

- Antragsstatistik pro Quartal mit detaillierter Auflistung der Bewilligungen, Ablehnungen sowie Versagungen
- Statistik über die Inanspruchnahme von Plätzen in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege
- Auszahlungsstatistik an Empfänger ohne Abtretung
- Statistik über spezielle Fälle (Härtefälle, Ausländer)

Jens Flechtner
Referatsleiter Verfahrensbetreuung

Fachformular oder selbst gestricktes Formular?

Um einen einheitlichen Verwaltungsablauf zu gewährleisten, werden häufig von Ministerien oder nachgeordneten Behörden allgemein gültige und verbindliche Vordrucke entworfen und amtlich bekanntgemacht. Diese Formulare vereinfachen die Erhebung von Massendaten, sorgen für Vollständigkeit und schützen vor allfälligen Mehrdeutigkeiten, die bei freier Wortwahl oder z. B. einem formlosen Antrag auftreten können. Die Verwendung einheitlicher Formularmuster mit zweckentsprechender Gestaltung ist ein Garant dafür, Zeit und Kosten bei der Bearbeitung zu reduzieren.

Die elektronische Verwaltungstätigkeit, auch bekannt als „eGovernment“, hat auch den Gebrauch und den Umgang mit Vordrucken elementar verändert. Wurden früher Vordrucke für die unterschiedlichsten Zwecke in Papierform eingekauft und bereitgehalten, wird heute in den Dienststellen mehr und mehr aus wirtschaftlichen Gründen auf das elektronische Formular zurückgegriffen. Die Muster liegen in der Regel auf einem internen oder externen Formularserver, von dem man jederzeit und in beliebiger Abfolge den benötigten Vordruck herunterladen und am PC ausfüllen kann.

Ein entscheidender Punkt für eine transparente Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen ist das rechtlich abgesicherte Formular. Das heißt, die inhaltliche und textliche Gestaltung muss mit der Rechts- bzw. Verwaltungsvorschrift, für deren Vollzug es bestimmt ist, in Einklang stehen. Es sind keine Einzelfälle, dass inhaltlich fehlerhafte Vordrucke zu gerichtlichen Auseinandersetzungen geführt haben.

Wie oben bereits erwähnt, werden von den öffentlichen Dienststellen allgemein gültige, verbindliche Formulare veröffentlicht und ihre Verwendung empfohlen. Die Handhabung derartiger amtlicher Formularmuster ist in einigen Bereichen sogar vorgeschrieben (z. B. Wohngeldanträge, Gewerbemeldungen, Haushaltsrecht u. dgl.). Die Entwürfe werden von den Spezialisten der jeweiligen Fachbereiche entwickelt und fortgeschrieben. Bei der Gestaltung amtlicher Formularmuster wird häufig das Wissen und die Erfahrung der Formularverlage und Softwarehäuser eingebunden. Sie sind oftmals bei der typografischen Gestaltung und Gliederung amtlicher Vordrucke beteiligt und stehen somit in intensivem Kontakt mit den Ministerien und sonstigen Behörden.

Mehr noch. In einer Vielzahl von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften gibt es keine amtlichen, verbindlich vorgeschriebenen Formularmuster. Trotzdem werden zum Vollzug von Verwaltungsvorgängen Vorlagen benötigt, die durch ihren Inhalt die nötige Transparenz zwischen Bürger und Verwaltung und umgekehrt gewährleisten. Oder es sind zu einem Rechtsbereich ergänzende Vordrucke notwendig (z. B. Wohngeld), deren Einsatz hinsichtlich Zeitaufwand und Kosten von großem Nutzen sind. Gemeinsam mit Spezialisten aus der Verwaltung einerseits und den Fachverlagen und Softwarehäusern andererseits werden hierfür rechtlich einwandfreie Formularmuster erarbeitet, die letztlich auch die Servicequalität z. B. einer Gemeinde gegenüber ihren Bürgern deutlich steigert. Der Aufwand für die Entwicklung dieser so genannten Formularfamilien ist beträchtlich. Deshalb sei an dieser Stelle auch darauf hingewiesen, dass von Privaten (also von Fachverlagen und Softwarehäusern)

hergestellte Vordrucke, die urheberrechtlich geschützt sind, nur mit Erlaubnis des Urhebers vervielfältigt und zur allgemeinen Verwendung – auch in elektronischer Form – zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Der Zeittfaktor ist entscheidend. Kommt es doch oft vor, dass mit der Verabschiedung einer neuen oder geänderten Rechtsnorm ggf. sofort entsprechend neue Vordruckmuster verwendet werden müssen. Hier kommen die Vorteile des Hand-in-Hand-Arbeitens zwischen der Verwaltung und den privaten Anbietern von Vordrucken – auch in elektronischer Form – voll zum Tragen. Durch jahrelang gewachsene und gepflegte Strukturen ist die Versorgung der öffentlichen Verwaltung mit aktuellen Vordrucken immer gewährleistet. Diese komfortable Situation ist selbst mit der ganzen Drechslerkunst versierter Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung, die die Pflege des Vordruckwesens selbst in die Hand nehmen wollen, nicht zu erreichen.

Aus all dem geht hervor, dass der Einsatz „selbst gestrickter“ Formulare aus mehreren Gründen bedenklich ist.

In einer Gemeinde oder in einem Landkreis wird es kaum die Ressourcen geben, den gesamten Formularbedarf auf aktuellem und rechtlich einwandfreiem Level zu halten. Schon allein der Aufwand, die zahlreichen Änderungen in den Gesetzes- und Verordnungstexten nachzuverfolgen und in rechtsförmige Formulare einfließen zu lassen, ist nicht zu bewältigen.

Und ein weiteres Kriterium kommt hinzu: Die Handhabung und die Verständlichkeit eines Vordruckmusters hängt auch entscheidend von seiner Gliederung und seiner textlichen Ausgestaltung ab; es sollte übersichtlich, sprich „augenfreundlich“, sein. Um diese Vorgaben zu erfüllen, haben sich in den vergangenen Jahren allgemeine Regeln für die Vordruckgestaltung entwickelt, die den versierten Fachverlagen und Softwarehäusern Grundlage ihrer Arbeit sind. Erinnerung sei hier nur an die Schreib- und Gestaltungsregeln für die Textverarbeitung (DIN 5008), die aus den Erfahrungen der Praxis und den Erkenntnissen der Rationalisierung entstanden sind.

Die verschiedentlich geübte Praxis, dass jedes Fachreferat seinen Formularbedarf selbst „herstellt“, ist auch unter den Bedingungen bei der Einführung eines effektiven eGovernments zu hinterfragen. Natürlich gibt es heutzutage eine Fülle von Werkzeugen, die, das entsprechende Fachwissen vorausgesetzt, die Konstruktion von Vordrucken ermöglichen.

Der verstärkte Einsatz von elektronischen Vordrucken ist ja nicht nur der Tatsache geschuldet, Papier zu ersetzen und beim Einkauf zu sparen. Elektronische Formulare können heute mit einer Anzahl von Funktionen hinterlegt werden. Durch die Einführung von so genannten Workflows kann bei elektronischen Vordrucken (teils) auf eine Unterschriftenleistung verzichtet werden sowie die automatische Weiterleitung an die nächste bearbeitende Instanz erfolgen. Das wird aber nicht erreicht, wenn eine Menge von Vordrucken in den unterschiedlichsten Formaten verwendet wird und ein Durcheinander von Gestaltungsvorschlägen eine präzise und abgestimmte Verwaltungsarbeit behindert. So ist ein einheitliches Formularwesen eine zwingende Voraussetzung für eine reibungslose Information und Kommunikation zwischen Bürger, Wirtschaft und Behörde einerseits und andererseits natürlich auch zwischen den Behörden selbst.

Gerade in der öffentlichen Verwaltung gibt es zahlreiche Schnittstellen zwischen den Kommunen, Kreisen, Bezirken, Ländern und dem Bund. Da ist es erforderlich, alle Informationen und Prozesse so abzubilden, dass sie mehrfach genutzt oder anderen Stellen zur Verfügung gestellt werden können. Das Herz einer solchen Struktur ist ein rechtlich aktueller und in seiner Gestaltung homogener Formularpool. Ein solcher Formularpool ermöglicht einen sicheren Einstieg bzw. eine konsequente Weiterentwicklung in ein leistungsfähiges eGovernment.

Die Akzeptanz des elektronischen Formulars hat sich in den vergangenen Jahren sprunghaft gesteigert. Die stetige Verfügbarkeit und die schnelle Aktualisierung sind gewichtige Vorteile.

Klaus Dengler
Römerstraße 13
82131 Gauting bei München
K.Dengler@t-online.de

Projekt HAMASYS

Der Name des Projektes entstand aus dem Anliegen, in Thüringen ein HAUSHALTS-MANAGEMENTSYSTEM einzuführen. Ziel ist es, ein integriertes, webfähiges und den Haushalt unterstützendes System mit zentraler Datenhaltung zu schaffen. Die zentrale Datenhaltung erfolgt im Zentrum für Informationsverarbeitung (ZIV). Alle Behörden und deren Mitarbeiter sollten über das CN auf diese Daten zugreifen können.

Die HAMASYS-Prozesskette beginnt mit der Mittelbereitstellung für die Behörde. Es werden die Ansätze lt. Haushaltsplan bzw. die noch verfügbaren Mittel den Mittelbewirtschaftern zur Verfügung gestellt. Diese können dann die ihnen zugewiesenen Mittel in HAMASYS weiter bearbeiten, indem sie automationsgestützt z. B. Einnahmen verbuchen oder Auszahlungen anordnen. Zur Wahrung der Befugnisse des HH-Beauftragten werden die Eingaben der Mittelbewirtschaftler durch diesen geprüft und mittels digitaler Signatur elektronisch frei gegeben. Dieser Prozessschritt wird durch das Teilprojekt „Mittelbewirtschaftung“ abgebildet.

Weil es sich bei HAMASYS um ein integriertes System handelt, werden frei gegebene Auszahlungsanordnungen in einem Kassenmodul des Programms weiterverarbeitet, welches sie zu einem optimalen Zahlungszeitpunkt ausführt. Durch das tägliche automatische Einlesen der Bankbelege können die Zahlungsinformationen den Behörden online zur Verfügung gestellt werden und ermöglichen damit tagesaktuelle Übersichten über die Mittelverfügbarkeit. Bei dem Kassenmodul handelt es sich um das Teilprojekt „Kasse“.

Die Anfänge von HAMASYS datieren aus dem Jahr 2003, in welchem das Projekt durch einen Kabinettsbeschluss aus der Taufe gehoben wurde. Nach Durchführung einer europaweiten Ausschreibung erhielt die Fa. MACH Anfang 2005 den Zuschlag für das Projekt. Sowohl die Ausschreibung als auch die spätere Projektdurchführung wurde durch die Fa. CSC Ploenzke als externer Berater begleitet.

Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wurde das Projektteam gebildet. Dieses besteht aus einem Kernteam (Projektgesamt-



Projektteam v.l.n.r.: Ralf Pätzold, Inge Beyersdorfer, Dieter Kluge, Birgit Heinrich, René Geißdorf, Veronika Behlau, Holger Schenk, Angelika Mehner, Andreas Meinel, Ulrike Döring, Sören Steinecke, Grit Schwinger

verantwortung), einem Kompetenzzentrum (Verantwortung für bestimmte Projektteile) und einem Schulungsteam (Verantwortung für die Wissensvermittlung). Die Mitarbeiter des Projektteams konnten überwiegend aus Mitarbeitern der Staatskassen Erfurt, Gera und Suhl gewonnen werden.

In der Zeit von März bis Mai 2005 wurden zwischen dem Projektteam und der Fa. MACH Workshops zur Vorbereitung der umzusetzenden Prozesse durchgeführt. Anschließend wurde die damalige Oberfinanzdirektion (heute Landesfinanzdirektion) als Pilotbehörde für die Anpassung des Teilprojekts „Mittelbewirtschaftung“ auf Thüringer Verhältnisse ausgewählt. Ferner wurde für das Teilprojekt „Kasse“ neben der Staatskasse eine neue Landeshauptkasse zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs aus HAMASYS errichtet.

Im Februar 2006 konnte dann die Pilotphase für den produktiven Einsatz von HAMASYS starten. Zweck der Pilotphase ist es, die Stabilität von HAMASYS in einem möglichst repräsentativen Behördenumfeld zu betrachten. Getestet werden müssen dabei Schnittstellen zu vorgelagerten Fachverfahren oder das Einlesen von großen Datenbeständen.

Die Landesfinanzdirektion (LFD) begann als erste Behörde in Thüringen, die Mittelbewirtschaftung mit HAMASYS durchzuführen.

Ihr folgten im März 2006 zwei Finanzämter, im April 2006 das Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, im Mai 2006 das Thüringer Landesamt für Straßenbau sowie weitere Finanzämter, im Juni 2006 das Justizzentrum Jena sowie die restlichen Finanzämter und im Oktober 2006 der restliche Geschäftsbereich des TFM sowie der Thüringer Rechnungshof.

Jede neue Pilotbehörde wurde sorgfältig durch Workshops und Mitarbeiterschulungen schrittweise auf den Einsatz von HAMASYS vorbereitet. Die Schulungen erfolgten entsprechend dem Aufgabenprofil der zukünftigen Nutzer durch das Bildungszentrum Gotha. Dabei konnte bisher bei allen Pilotbehörden ein großes Engagement und eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Projektteam festgestellt werden.

Aufgrund der gewonnenen Erfahrungen ist beabsichtigt, im Jahr 2007 die Pilotphase zu beenden und mit der landesweiten Inbetriebnahme von HAMASYS zu beginnen.

Veronika Behlau
Projektleiterin HAMASYS
im Thüringer Finanzministerium

Der Vergabemarktplatz NRW : www.evergabe.nrw.de

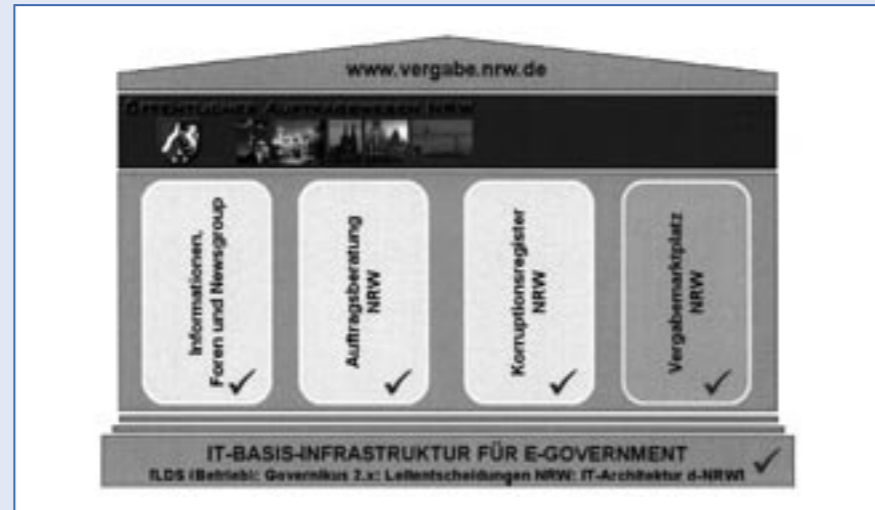
In dieser Ausgabe unserer Informationszeitschrift bieten wir unseren Lesern in dieser Rubrik einen Fachartikel unter dem Motto BEST-PRACTICE.

Seit Beginn der meisten eGovernment-Aktivitäten wurde dem Bereich des öffentlichen Auftragswesens besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Angesichts der erheblichen Auftragswerte (nach Schätzungen der EU-Kommission beträgt das Gesamtvolumen des öffentlichen Einkaufs ca. 16 % des Bruttoinlandproduktes) und der großen Zahl von Transaktionen ging man davon aus, dass sowohl bei den Produkt- als auch bei den Prozesskosten schnell erhebliche Einsparungen zu erzielen seien. Selbst wenn sich die anfänglichen Schätzungen als überzogen erwiesen haben, sind die realistisch betrachteten Einsparpotentiale durchaus relevant. Außerdem kommt die Verwaltung mit diesem eGovernment-Dienst auch der Forderung nach einer Verbesserung der Servicequalität für Unternehmen nach.

Im Dezember 2005 wurde mit dem Vergabemarktplatz NRW die letzte Ausbaustufe des Portals freigeschaltet. Realisiert wurde er im Rahmen des Projektes d-NRW durch die Firma cosinex, privater Partner im Leitprojekt der nordrhein-westfälischen Landesregierung zum Thema „verwaltungsübergreifendes eGovernment“, die auch Partner des Thüringer Landesrechnungszentrums ist.

Ziele und Vorgehen

Das Land Nordrhein-Westfalen befasst sich seit langem mit der IT-Unterstützung des öffentlichen Auftragswesens und betreibt seit mehr als drei Jahren ein Portal zum öffentlichen Auftragswesen (www.vergabe.nrw.de). Dieses ist in einen öffentlichen Bereich und einen nichtöffentlichen Bereich, der nur für Vergabestellen zugänglich ist, geteilt. Das Portal enthält zahlreiche fachspezifische Informationen sowohl für die Auftraggeber- als auch die Auftragnehmerseite. In folgenden Ausbaustufen wurden weitere Dienste (Internetgestützte Abfragemöglichkeiten beim Vergaberegister NRW und der Auftragsberatung NRW) zur Verfügung gestellt und sämtliche Ausschreibungen der Landesverwaltung über dieses Medium veröffentlicht.

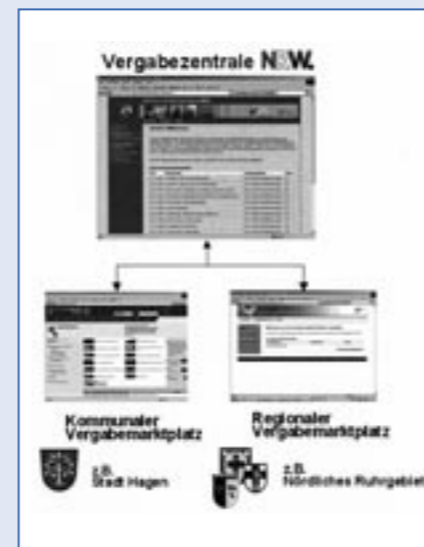


Komponenten des Portals zum öffentlichen Auftragswesen NRW

Das nächste Ziel bestand darin, für die Vergabestellen der Landesverwaltung und Kommunen des Landes sowie die Unternehmen eine Möglichkeit zu schaffen, die öffentliche Auftragsvergabe vollelektronisch abzuwickeln und dabei möglichst viele nützliche Funktionalitäten zur Verfügung zu stellen.

Die Herausforderung des Projektes lag – wie bei allen Diensten des Portals – darin, die Lösung innerhalb kurzer Zeit trotz sehr heterogener Anforderungen der verschiedenen Vergabestellen des Landes und der Kommunen zum Einsatz zu bringen. Erschwerend kam hinzu, dass neben den unterschiedlichen fachlichen Anforderungen der Vergabestellen (Hochbau, Tiefbau, Liefer- und Dienstleistungsbereich) auch die abweichenden technischen System- und Prozessbedingungen in den Landes- und Kommunalverwaltungen berücksichtigt werden mussten.

Dies führte zu der Überlegung, den Gesamtprozess der öffentlichen Auftragsvergabe in zwei verschiedene Bereiche zu trennen. Nämlich in den der Unterstützung des Workflows in den Vergabestellen einerseits und in den der Kommunikation mit den Bietern andererseits. Da gerade die „internen“ Arbeitsabläufe bei der Vergabestelle (Workflow: Bedarfsmeldung, Genehmigungen, Dokumentation/Vergabeakte etc.) zahlreiche Besonderheiten und dadurch erheblichen individuellen Anpassungsbedarf aufweisen, wurde darauf verzichtet, diesen Bereich im Vergabemarktplatz zu berücksichtigen. Durch



Zentral/dezentrales Architekturmodell

die Fokussierung auf den reinen Kommunikations- und Transaktionsprozess konnte das System letztendlich bei den Vergabestellen des Landes ohne weitere Anpassungen schnell eingeführt werden. Dieses Vorgehen machte es möglich, für die Unterstützung der verwaltungsinternen Prozesse im Bedarfsfall eine Erweiterung „Vergabemanagement“ einzuführen. Eine solche Trennung bietet u. a. den Vorteil, dass eine solche Erweiterung optimal an die Bedürfnisse, Prozesse und das Systemumfeld der jeweiligen Vergabestelle angepasst werden kann.

Die für den Kontakt mit der Bieterseite wesentliche einheitliche Transaktionslösung, der Vergabemarktplatz, bleibt davon unberührt.

Binnen kürzester Zeit konnten messbare Projekterfolge erzielt werden: Zehn Monate nach Beginn der Projektzeit waren 135 Vergabestellen der Landes- sowie erste Kommunalverwaltungen im System eingerichtet. 650 Arbeitsplätze konnten innerhalb dieser Zeit produktiv gesetzt werden. Die Anforderungen, Beschaffungsstrukturen und beschafften Bedarfe könnten dabei nicht unterschiedlicher sein: Von den Hochbau-Vergaben eines Bau- und Liegenschaftsbetriebes oder den Büromöbelbedarfen einer OFD über die Tiefbauarbeiten eines Straßenbaubetriebes NRW bis hin zu der Ausschreibung eines Rahmenvertrages über den Abtransport von Leichteilen für die Düsseldorfer Polizei wurden bisher fast alle im öffentlichen Umfeld beschafften Leistungen über das System ausgeschrieben. Dabei liegt auch die Akzeptanz bei den Unternehmen bzw. Bietern und Bewerbern im Vergabeverfahren weit über den Erwartungen: Mit rund 4.000 bisher veröffentlichten und zum Teil vollelektronisch abgewickelten Vergabeverfahren haben sich aktuell über 6.400 Unternehmen für den Dienst registrieren lassen. Der 1. Platz bei Google (beim Suchwort „vergabe“) ist ein Ergebnis der hohen Akzeptanz des Portals und der erzeugten Aufmerksamkeit. Aber auch die qualitativen Rückmeldungen vieler Unternehmen machen den hohen Mehrwert auf beiden Seiten und die leichte Nutzbarkeit des Systems gerade für kleine und mittelständische Unternehmen deutlich, die in der Regel regional tätig sind.

Einbindung der Kommunen und Vorteile für die Wirtschaft

Eine weitere Besonderheit des Vergabemarktplatzes liegt in der Einbindung der Kommunen. Wie in den meisten Bundesländern laufen auch in NRW zahlreiche kommunale und regionale eGovernment-Aktivitäten. Zahlreiche Kommunen und Regionen arbeiten nicht nur an der ständigen Verbesserung der eigenen Internet-Auftritte, sondern bemühen sich, Unternehmen und Bürgern

möglichst umfassende eGovernment-Angebote zu machen – zum Teil in Kooperation mit den kommunalen IT-Dienstleistern. Diese „dezentralen“ Aktivitäten der Kommunen und das Anbieten eigener Dienste sollte nicht beeinträchtigt werden.

Andererseits ist es für die Wirtschaftsunternehmen von besonderer Bedeutung, dass sie über ein Portal Zugang zu möglichst vielen Ausschreibungen erhalten. Elektronische Auftragsvergabe findet dann keine Akzeptanz bei den Bietern, wenn schon ein regional tätiges Unternehmen auf 20 oder mehr lokalen Internetplattformen nach geeigneten Ausschreibungen suchen und eventuell für die Kommunikation auch unterschiedliche Software oder Signaturkarten bereithalten muss. Ein wesentliches Ziel war daher, möglichst vielen Vergabestellen im Land NRW den Zugang zu dieser Plattform zu eröffnen und so die Akzeptanz auf der Bieterseite zu steigern.

Diese beiden Anforderungen scheinen sich auf den ersten Blick zu widersprechen. Die Lösung dieses Problems wird durch die gemischt zentral/dezentrale Architektur des Marktplatzes erreicht: Kommunen und Regionen können einen eigenen Marktplatz realisieren, bei dem sie trotzdem auf „zentrale“ Komponenten bei Sicherheitsinfrastrukturen zugreifen.

Die Kommunen erhalten vom Land die Software „Vergabemarktplatz“ kostenlos und haben damit die Möglichkeit, einen eigenen, weitgehend autonomen Vergabemarktplatz mit eigenem Erscheinungsbild und den für sie notwendigen Integrationen zu realisieren. Dieser regionale oder kommunale Vergabemarktplatz verbindet sich automatisch mit der „Vergabezentrale“ – dem Vergabemarktplatz NRW. Sicherheitsdienste, die gemeinsam genutzt werden, sind z. B. eine zentrale Governikus-Installation beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik für die elektronische Signatur. Die sonstige Transaktion einschließlich der Kommunikation im Rahmen virtueller Projekträume verläuft dezentral auf den eigenen Rechnern der Kommune.

Auf der zentralen Plattform werden alle Ausschreibungen gelistet, sodass überregional tätige Lieferanten bequem alle aktuellen Bekanntmachungen finden. Nach einmaliger Anmeldung können sie mit nur einem Passwort durch das ganze System navigieren und bei Interesse an einer kommunalen Ausschreibung auf einen kommunalen Marktplatz wechseln. Sie können auch einen automatischen Benachrichtigungsdienst einrichten, der sie per Mail über neue Vergaben des gesamten Plattformverbundes informiert. Für die Bieterseite sind alle Anwendungen identisch, unabhängig davon, ob sie mit einer Landesdienststelle oder einem kommunalen Marktplatz kommunizieren.

Bislang wurden in Nordrhein-Westfalen drei regionale bzw. kommunale Marktplätze realisiert: Nördliches Ruhrgebiet, Kreis Mettmann und Stadt Hagen. Diese harmonieren trotz unterschiedlichster Basisinfrastrukturen gut mit dem zentralen Vergabemarktplatz. Die stetig steigenden Kundenzahlen und zufriedenen bis enthusiastischen Rückmeldungen zeigen: Das System bewährt sich auch in der Praxis – für die Vergabestellen und die Lieferanten gleichermaßen.

Einen gleichsam Erfolg versprechenden Weg, mit anderer Zielstellung, ist der Freistaat im Rahmen des Logistik-Management-Systems (LMS) gegangen. Hier wurde zunächst der interne Prozess bei förmlichen Vergaben durch die Einführung des cosinex Vergabemanagement-Systems unterstützt. Beide Projekte zeigen: Bereits die Möglichkeit der Systeme, Schritt für Schritt vorgehen zu können und dabei je nach Anforderung und Zielsetzung des Projektes unterschiedliche Einführungsstrategien bzw. -reihenfolgen zu wählen, macht die Überlegenheit modularer Technologien im Bereich des öffentlichen Auftragswesens deutlich.

Harald Helman
Ministerialrat im Finanzministerium NRW
und Projektleiter des Portals zum öffentlichen Auftragswesen NRW

Carsten Klipstein
Geschäftsführer der cosinex GmbH

Seminarangebot des Thüringer LandesRechenZentrums für das Jahr 2007 (Fortsetzung von Seite 2)

- SQL und Datenbankdesign (MySQL)
19.04.2007 – 24.04.2007,
03.12.2007 – 06.12.2007
- Webanwendungen mit MySQL oder
MSSQL-Server und PHP
08.10.2007 – 10.10.2007
- Webseiten erstellen mit HTML
29.08.2007 – 31.08.2007
- Web-Seitengestaltung mit Frontpage
Grundlagen
10.04.2007 – 11.04.2007
- Web-Seitengestaltung mit Frontpage
Fortgeschrittene
24.09.2007 – 26.09.2007
- Arbeiten mit Style-Sheets
24.05.2007 – 30.05.2007
- Anwenderschulung Oracle 9i Discoverer
Grundlagen – nach Vereinbarung
- Anwenderschulung Oracle 9i Discoverer
Fortgeschrittene – nach Vereinbarung

Fachanwendungen

- ISP-/ ASP-Dienste des TLRZ –
Das CMS Imperia
nach Vereinbarung
- CMS – Typo 3 für Redakteure
12.03.2007
- VISkompakt – Einführung / Überblick
nach Vereinbarung
- VISkompakt für Anwender – Führungs-
kraft
nach Vereinbarung
- VISkompakt für Fachadministratoren
nach Vereinbarung
- VISkompakt für Anwender – Registratoren
nach Vereinbarung
- VISkompakt für Anwender – Sachbear-
beiter und Vorzimmer
nach Vereinbarung
- VISkompakt für Anwender – Poststelle
nach Vereinbarung
- Online-Beschaffung mit den Einkaufs-
modulen der Oracle-eBusiness-Suite
nach Vereinbarung
- Online-Bestandsverwaltung und Inventa-
risierung mit der Oracle-eBusiness-Suite
nach Vereinbarung
- Online-Beschaffung und Vergabe mit der
Oracle-eBusiness-Suite
nach Vereinbarung
- Personalverwaltungssystem
PERSOS-PT-O – Benutzer
nach Vereinbarung

- Personalverwaltungssystem
PERSOS-PT-O – Administratoren
nach Vereinbarung
- Anwenderschulung LOGA
(verfahrensbegleitend)
nach Vereinbarung
- Anwenderschulung LOGA – Scout-
Einführung (verfahrensbegleitend)
nach Vereinbarung
- Neue Technologien im Einwohnermelde-
amt (verfahrensbegleitend)
nach Vereinbarung
- HKR-Verfahren H&H für Erstanwender
(verfahrensbegleitend)
nach Vereinbarung
- HKR-Verfahren H&H für Anwender 1
(verfahrensbegleitend)
nach Vereinbarung
- HKR-Verfahren H&H für Anwender 2
(verfahrensbegleitend)
nach Vereinbarung
- Kosten-Leistungsrechnung in der
Öffentlichen Verwaltung
nach Vereinbarung

Standard-Applikationen mit Microsoft Office

- Orientierungskurs EDV – Grundlagen mit
Windows XP und Office 2003
02.05.2007 – 04.05.2007
- Word – Grundlagen der Textverarbeitung
(versionsübergreifend) (1)
05.03.2007 – 07.03.2007
- Word – Grundlagen der Textverarbeitung
(versionsübergreifend) (2)
10.09.2007 – 12.09.2007
- Word – Fortgeschrittene Techniken
14.05.2007 – 16.05.2007
- Word – Automatisierung und
Programmierung
18.06.2007 – 20.06.2007
- Excel – Grundlagen der
Tabellenkalkulation (1)
19.03.2007 – 22.03.2007
- Excel – Grundlagen der
Tabellenkalkulation (2)
24.09.2007 – 27.09.2007
- Excel – Fortgeschrittene Techniken
28.06.2007 – 02.07.2007
- Excel – Automatisierung und
Programmierung
10.07.2007 – 12.07.2007
- Access – Grundlagen der Datenbank-
entwicklung
07.05.2007 – 10.05.2007

- Access – Fortgeschrittene Techniken
02.07.2007 – 04.07.2007
- Access – Automatisierung und
Programmierung
22.10.2007 – 24.10.2007
- Nachrichten und Termine verwalten mit
Outlook
21.05.2007 – 22.05.2007,
04.10.2007 – 05.10.2007
- Teamarbeit und Organisation mit
Outlook
15.11.2007
- PowerPoint –
Grundlagen für Anwender (1)
26.03.2007 – 27.03.2007
- PowerPoint –
Grundlagen für Anwender (2)
01.10.2007 – 02.10.2007
- PowerPoint –
für fortgeschrittene Anwender
18.06.2007 – 19.06.2007

OpenOffice/Star Office

- OpenOffice – Überblick für Ein- und
Umsteiger
09.03.2007, 28.09.2007
- Writer – Grundlagen der Textverarbeitung
22.03.2007 – 23.03.2007
- Writer – Fortgeschrittene Techniken
02.07.2007 – 03.07.2007
- Calc – Grundlagen der Tabellenkalkulati-
on
26.04.2007 – 27.04.2007
- Calc – Fortgeschrittene Techniken
20.09.2007 – 21.09.2007
- Impress – Alternative zu PowerPoint
17.07.2007

Praxisworkshops

- Diagramme erstellen mit Excel
29.03.2007
- Umfangreiche Dokumente mit Word
bearbeiten
Grundlagen – 08.03.2007
- Umfangreiche Dokumente mit Word
bearbeiten
Aufbau – 10.05.2007
- Tipps zu Serienbriefen mit Word
Grundlagen – 14.06.2007
- Tipps zu Serienbriefen mit Word
Aufbau – 21.06.2007
- Erstellen von Office-Vorlagen mit Word
und Excel
05.07.2007

- Dokumente überarbeiten mit Word
13.09.2007
- Briefgestaltung nach DIN
22.11.2007
- Excel – Formeln und Funktionen
11.10.2007
- Writer für Umsteiger
12.04.2007
- Calc für Umsteiger
29.11.2007

3. Juristische Grundlagen

Datenschutzrecht/Datensicherheit

- Datenschutzbeauftragter
Grundlagen
19.03.2007 – 20.03.2007;
17.09.2007 – 18.09.2007
- Datenschutzbeauftragter – Recht und
Aufgaben
Aufbau – 18.04.2007
- Datenschutzbeauftragter – Aktuelle Ent-
wicklungen /Rechtsprechung
19.04.2007
- Datenschutzbeauftragter IT-Fachwissen /
Aktuelle Entwicklung
19.09.2007
- Spezielle Aspekte des behördlichen
Datenschutzbeauftragten
20.09.2007
- Sommerkurs Datenschutz
– Rechtsgrundlagen
02.07.2007 – 03.07.2007
- Sommerkurs Datenschutz
– Technische Grundlagen
09.07.2007 – 10.07.2007
- Sommerkurs Datenschutz – Technik
– Workshop – 16.07.2007

Zuwendungsrecht / Vergabe

- Vergabe von IT-Leistungen
Grundlagen – 10.05.2007
- Vergabe von IT-Leistungen
Rechtsprechung – 11.05.2007
- Grundlagen des neuen Vergaberechts (I)
– nationales Recht
09.07.2007
- Grundlagen des neuen Vergaberechts
(II) – nationales Recht
10.07.2007
- Vergabe von IT-Leistungen
Grundlagen – 06.11.2007
- Vergabe von IT-Leistungen
Rechtsprechung – 07.11.2007

- Erfolgskontrolle bei zuwendungsfinan-
zierten Projekten
26.11.2007

Öffentliche Förderung/ Vertragsrecht

- Softwarelizenzen
15.03.2007
- Vertragsrecht, Vertragsgestaltung
10.05.2007
- Dienstleistungsverträge zum
eGovernment
11.10.2007

Arbeitsrecht

- Allgemeine Mitbestimmung und Beteili-
gung der Personalvertretung
06.06.2007
- Haftung von Geschäftsführungen bei
Nichtbeachtung des Allgemeinen Gleich-
behandlungsgesetzes (AGG)
26.06.2007
- Grundlagen und Personalvertretungs-
recht
10.10.2007
- TvöD Leistungs- und/oder zielorientierte
Entgelte
14.03.2007

4. Methodische Kompetenz

Fortbildungsgrundlagen

- Didaktik/Methodik in der Fortbildung
– Einführung
01.03.2007, 01.10.2007

Internet

- Mozilla Firefox – Sicheres Arbeiten mit
dem Internet
28.03.2007, 27.09.2007
- Professionelle Recherchetechniken im
Internet
31.05.2007, 08.11.2007

Kommunikation

- Rhetorik und Körpersprache
23.04.2007 – 24.04.2007
- Präsentation/-techniken und
persönliches Auftreten
24.05.2007
- Englisch im Geschäftsumfeld
11.06.2007 – 12.06.2007
- Zum ersten Mal Vorgesetzter
27.11.2007

Öffentlichkeitsarbeit

- Event-Marketing und Veranstaltungs-
management
22.06.2007
- Öffentlichkeitsarbeit wirksam gestalten
14.09.2007

5. Prozessanalyse und Verwal- tungsorganisation

Projektmanagement

- Projektmanagement in IT-Projekten
16.04.2007 – 18.04.2007
- Projektmanagement mit MS Project
Grundlagen
15.05.2007 – 16.05.2007
- Projektmanagement mit MS Project
Fortgeschrittene
18.07.2007

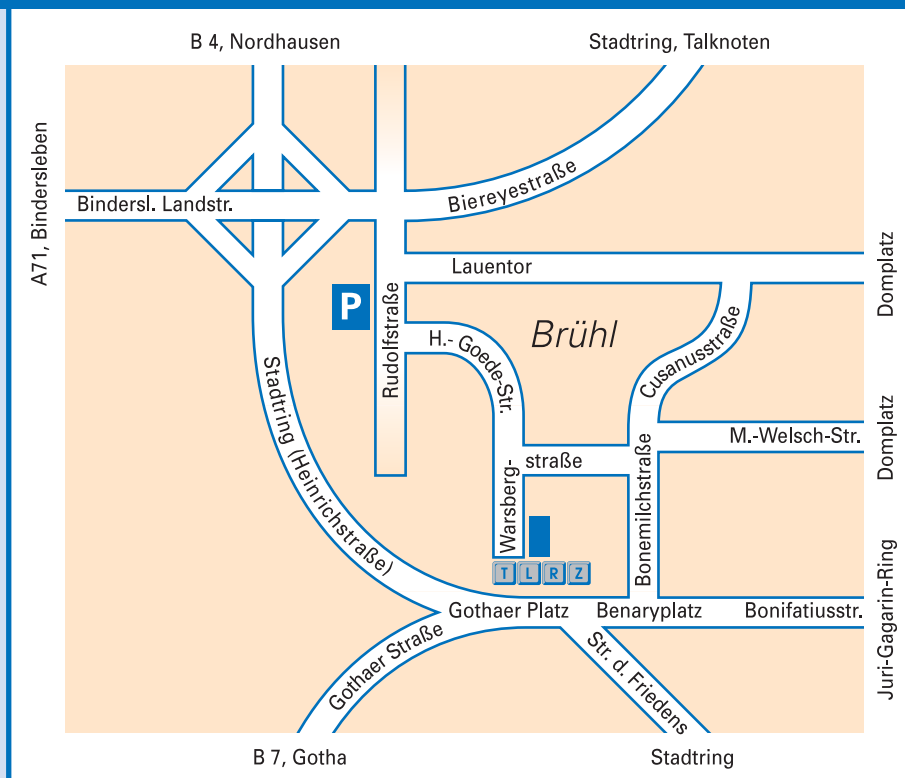
Geschäftsprozessmodellierung

- Effizientes eGovernment – Methoden der
Prozessmodellierung
vgl. TLRZ-Homepage
- XML und eGovernment
vgl. TLRZ-Homepage
- Geschäftsprozessmodellierung mit Sem
Talk in Visio 2003
vgl. TLRZ-Homepage
- Geschäftsprozesse modellieren mit VISIO
25.04.2007, 22.06.2007

Kurse in Kooperation mit dem Institut für Management und Organisation

- Zuwendungsrecht des Bundes und der
Länder (I)
Grundlagenseminar – 19.03.2007
- Zuwendungsrecht des Bundes und der
Länder (II)
Aufbauseminar – 23.04.2007
- Reisekostenabrechnung nach den Vor-
schriften des BRKG und des Thüringer
LRKG
25.05.2007
- Finanzierung von Projekten durch Stif-
tungen und andere Geldgeber (I)
29.08.2007
- Finanzierung von Projekten durch Stif-
tungen und andere Geldgeber (II)
26.09.2007
- Bilanz lesen und verstehen für Nicht-
betriebswirte/-wirtsinnen
19.10.2007

... und so finden Sie uns



Herausgeber: Thüringer Landesrechenzentrum
– Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb –
Postfach 80 03 05, 99029 Erfurt
Warsbergstraße 3, 99092 Erfurt
Telefon: 0361 3784 805
Telefax: 0361 3784 802
e-Mail: poststelle@tlrz.thueringen.de
Internet: www.tlrz.thueringen.de

Leiter TLRZ: Dr. Wieland Wiederhold

Satz und Gestaltung: Diemar, Jung & Zapfe, Erfurt

Druck: Druckerei Schöpfel GmbH
Ernst-Kohl-Straße 18a, 99423 Weimar

Fotos: TLRZ

Auflage: 1.000

Ausgaben: 2 mal jährlich

Erscheinungstermin: Dezember 2006